

Thomas Wagner

---

## Bürgerprotest in der Mitmachfalle Wie aus Partizipation eine Herrschaftsmethode gemacht wird

Die Ausweitung von Bürgerpartizipation vergrößert Handlungsspielräume von privaten wie öffentlichen Projektträgern und erhöht deren Chancen, für die Durchführung eines Großbauprojekts den notwendigen Konsens in der Bevölkerung zu erlangen. So lautet kurzgefasst das wichtigste Ergebnis einer vom RWE-Konzern in Auftrag gegebenen Studie, die nach Wegen zur Akzeptanzbeschaffung für solche Unternehmungen sucht.<sup>1</sup> Bürgerbeteiligung solle daher zum selbstverständlichen Planungsbestandteil von Großbauprojekt werden. „Partizipationsmaßnahmen“, so der in der Studie gebrauchte Ausdruck, „sind eine unverzichtbare Größe bei der Verwirklichung eines Großvorhabens.“ (RWE: 19) Denn: „Um zügig mit dem Netzausbau voranzukommen, muss in der breiten Bevölkerung um Akzeptanz geworben werden.“ (Ebd.: 35)<sup>2</sup> Der Untersuchung des Energieriesen liegt die Befürchtung zugrunde, dass Großbauvorhaben, wie der im Zuge der sogenannten Energiewende notwendige Ausbau der Stromnetze, einen erheblichen Widerstand in der Bevölkerung provozieren. Diese könnte eine schwer zu kalkulierende Kostensteigerung zur Folge haben. Ähnliche Befürchtungen sind der Anlass für eine ganze Reihe weiterer, ähnlich gelagerter Studien öffentlicher wie privater Auftraggeber.<sup>3</sup>

- 
- 1 Auftragnehmer war die Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH.
  - 2 Neben einer verstärkten konsultativen Einbeziehung von Betroffenen wird vorgeschlagen, im Einzelfall höhere Investitionen in Kauf zu nehmen, Entschädigungszahlungen für Grundstückseigentümer zu leisten und die Betroffenen am wirtschaftlichen Gewinn zu beteiligen. Auf diese Weise verspreche Bürgerbeteiligung „ein zentraler Erfolgsparameter bei der Durchsetzung von Groß- und Infrastrukturprojekten zu sein.“ (Ebd.: 100)
  - 3 Am 6. November 2012 publizierte das Bundesverkehrsministerium ein „Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung“. Dabei handelt es sich nach Aussage von Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) um einen „Werkzeugkasten“, mit dem Behörden und Bauträger für eine effektive Einbindung der Betroffenen sorgen könnten (siehe [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de)). Der Energiekonzern BP Europa SE initiierte und förderte eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zum Bürgerprotest (vgl. Walter u.a. 2013). Eine Reihe

Ein demokratiepolitisches Umdenken der Konzerne und des liberalkonservativen Establishments ist unverkennbar (vgl. Wagner 2012). Immer mehr Unternehmenslenker und Spitzenpolitiker sind der Ansicht: Viel muss sich ändern, damit alles bleiben kann, wie es ist. Hätten Investoren und Eigentümer vor nicht allzu langer Zeit in der Mehrzahl wohl sehr schnell nach der Polizei gerufen, um ihre Interessen gegen widerständige Bürger durchzusetzen, sind sie heute zunehmend darum bemüht, die Protestbewegungen mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen. Unter dem in linken Zusammenhängen beliebten Motto, es gelte die Demokratie zu demokratisieren, vereinnahmen sie Begriffe und Methoden der sozialen Bewegungen und der Protestkultur, um die bestehenden Machtverhältnisse zu erneuern. Der Arm des Staates reicht in die Zivilgesellschaft hinein, wenn er Mediationsunternehmen damit beauftragt, Konflikte mit Hilfe von Dialogverfahren zu kanalisieren und einzudämmen. Und wenn Konzernstiftungen ihre Mittel dafür einsetzen, entsprechende Forschungen zu finanzieren und bei der Bildung von bürgergesellschaftlichen Netzwerken zu helfen, dann handelt es sich um den Versuch, die Selbstorganisation der Bürger zu rahmen und ihr eine Richtung zu geben, die den faktischen Vorrang privater Profitinteressen vor dem Gemeinwohl nicht gefährdet. Der von Luc Boltanski und Eve Chiapello (2003) beschriebene „neue Geist des Kapitalismus“ greift gewissermaßen auf die politische Sphäre über. Hatten die beiden Soziologen in einer bahnbrechenden Studie gezeigt, wie es den Kapitalisten seit den 1960er Jahren gelang, die sozialistischen Forderungen nach Gleichheit und Selbstverwaltung für eine Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise zu nutzen, sollen die Bürger heute dazu aktiviert werden, ihre Unterwerfung unter das Diktat der Kapitalverwertung auch politisch selbst mit zu organisieren. Nicht mehr um die Erweiterung des demokratischen Prinzips auf die Sphäre der ökonomischen Produktion und des Eigentums an den Produktionsmitteln geht es den Verfechtern solcher „Bürgergesellschaft“. Stattdessen sollen Bürger, die ein potenzieller Störfaktor für Investitionsprojekte sind, zu sachkundigen Gehilfen ihrer Planung und Entwicklung werden. Indem sie Unternehmen ihre Expertise im Rahmen von Dialogverfahren zur Verfügung stellen, als Teilnehmer einer Bürgerplattform die Mieten steigernde und Gentrifizierungsprozesse befördernde „Aufwertung“ ihrer Nachbarschaft, ihres Stadtviertels vorantreiben oder im Rahmen eines Bürgerhaushalts mit entscheiden, an welcher Stelle gekürzt werden soll: Sie schlittern damit in eine Mitmachfalle, mit deren Hilfe es den Herrschenden gelingt, ein elastisches und flexibles Bollwerk gegen jede wirkliche demokratische Veränderung zu errichten.

---

von weiteren Untersuchungen stammen von Unternehmen, die aus der Mediation bei Großbauvorhaben ein Geschäftsmodell gemacht haben (vgl. Meister/Gohl 2012).

## Passive Revolution

Ausgerechnet jene Menschen, die aufgrund ihres Engagements am ehesten in der Lage wären, substanzielle Veränderungen in Gang zu setzen, betreiben auf diese Weise aktiv die Zementierung der herrschenden Verhältnisse. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci hat Vorgänge, bei denen die Bourgeoisie Forderungen linker Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften aufgreift, um dadurch besser ihre ökonomischen und politischen Interessen zu wahren, als „passive Revolution“ bezeichnet. In der passiven Revolution werden die ökonomischen und politischen Verhältnisse verändert, ohne dass daraus eine grundsätzliche Änderung im Machtverhältnis der Herrschenden zu den Beherrschten resultiert. Ausgerechnet jene Elemente der linken Gegenkultur, die eine Alternative zur bekämpften Herrschaftsordnung auch symbolisch betonten, werden dieser nun entwendet und gegen sie gerichtet. War die Dialog- und Konsensorientierung innerhalb linker Gruppen zunächst ein Ausdruck des Versuchs, auf eine gänzlich gewaltfreie Weise kollektive Stärke zu erreichen, werden die unter dieser Maßgabe entwickelten Techniken der Verständigung jetzt bevorzugt auch dazu benutzt, die Kritiker von Herrschaftsprojekten auf dem Verfahrenswege in die Stabilisierung der Machtverhältnisse einzubinden.

Der Begriff der Partizipation hat seine Unschuld verloren. Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe hat unlängst darauf aufmerksam gemacht: „Gemeinhin hat die Idee der Partizipation die Konnotation, dass, wenn jeder beteiligt wäre und partizipieren würde, ein Konsens erreicht und volle Demokratie verwirklicht werden würde. Und gemeinhin gibt es auch eine Art Gegensatz zwischen den Ideen der partizipatorischen und der repräsentativen Demokratie – eine Aufwertung der partizipatorischen Demokratie, der Partizipation im Allgemeinen und andere Dinge, die darauf hinweisen, dass die repräsentative Demokratie im Interesse der Elite arbeitet, während die Partizipation eher progressiv ist.“ (Mouffe 2012: 103) Diese einst gültige Gegenüberstellung aber ist heute überholt. „Es gibt heute ganz klar einen hegemonialen Kampf um die Frage der Partizipation. Es geht darum, welche Bedeutung die Partizipation bekommt, die akzeptiert wird. Manche Auffassungen von Partizipation können subversiv sein, während andere dem Kapital in die Hände arbeiten, weil sie die Leute dazu bringen, an ihrer eigenen Ausbeutung mitzuarbeiten.“ (Ebd.: 112f.)

Die von ihr mit bemerkenswerter Klarheit herausgearbeitete Ambivalenz des Partizipationsbegriffs ist das Resultat von theoretischen Operationen, die Mouffe mit einigem Recht auf jene sozialwissenschaftlichen Großtheoretiker zurückführt, die in den 1990er Jahren das Denken innerhalb der damals sogenannten neuen Sozialdemokratie und ihrem grünalternativen Bündnispartner prägten. Damals hatten die stets auch auf politische Wirksamkeit bedachten Soziologen Ulrich Beck und Anthony Giddens einigen Erfolg damit, die Befassung mit Klassenfragen an den Rand ihrer akademischen Disziplin zu verbannen und

den in die Mitte strebenden Kräften innerhalb der Sozialdemokratie ein dafür geeignetes Begriffsinstrumentarium zur Verfügung zu stellen.<sup>4</sup>

## Dialogmodell statt Klassenanalyse

Sie verfochten damals die Doktrin, dass es in den heutigen Gesellschaften „keine in Wir-Sie-Form konstruierten kollektiven Identitäten mehr gibt, dass sich also die politischen Grenzen aufgelöst haben“ und daher die Demokratisierung der Demokratie „ohne Definition eines Gegners erfolgen kann.“ (Mouffe 2007: 64f.) Ulrich Beck (1993: 190) hatte für das Konzept einander gegenüberstehender Klassen in seiner Soziologie keine Verwendung mehr und schlug vor, stattdessen „Formen konsensstiftender Zusammenarbeit zwischen Industrie, Politik, Wissenschaft und Bevölkerung“ zu finden, um auf diese Weise dem Protestbedürfnis der Bürger entgegen zu kommen und zugleich ihr Wissen für die bessere Planung von Groß- und Risikoprojekten abzuschöpfen. An die Stelle von Verhandlungen zwischen Experten und Entscheidungsträgern sollten öffentliche Dialoge von Behörden und Bürgern mit den betroffenen Bürgern treten, die nicht zuletzt verlangten, dass „radikale Gegner kompromisswillig, kompromissfähig werden müssen.“ (Ebd.: 191) Ging es doch darum, „durch Einsicht in die Integrität des anderen aktives Vertrauen zu schaffen.“ (Ebd.: 163) Zugleich zielte er auf eine „Entkernung“ von Großorganisationen, „ihre Öffnung für neue Themen und quer liegende Interessen und Herausforderungen“. (Ebd.: 226) Zwar hatte er dabei auch „Unternehmens-, Ärzte-, Ingenieurverbände“ im Auge, doch lief die von ihm geforderte „Strukturdemokratisierung“ (ebd.: 224) realiter vor allem auf eine Entmachtung jener Organisationen hinaus, die einzig in der Lage sind, die Interessen der großen Masse der abhängig Beschäftigten zu artikulieren und im besten Falle auch durchzusetzen: die Gewerkschaften und jene Parteien, die für die sozialen Rechte der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung eintreten. Die dialogische Demokratie zielte nicht auf „die Ausbreitung der *Rechte* oder die Vertretung von *Interessen*“, so Giddens (1999: 159), sondern wollte genau das Gegenteil: die Aufhebung der „Parteilichkeit der Parteien“. (Beck 1993: 225) In dieser ideologisch verzerrten Perspektive erscheinen alle Probleme dadurch lösbar, dass die „Partner“ miteinander sprechen und die Gegensätze von links und rechts erübrigen sich, weil es zum bestehenden Gesellschaftssystem keine Alternative gibt. „Es gibt diese Art von Konsens in der Mitte, der keine alternativen Optionen kennt. Man will uns weismachen, dass wir angesichts der Globalisierung nichts mehr tun könnten. Und deshalb haben sich die meisten sozialdemokratischen Parteien oder die Arbeiterparteien in Richtung

---

4 Giddens war als Berater des britischen Premiers Tony Blair tätig.

Mitte bewegt. Sie bieten wirklich nichts grundsätzlich anderes als die Mitte-Rechts-Parteien. Es gibt heute einen allgemeinen Konsens darüber, dass es keine Alternative gäbe“, schreibt die Chantal Mouffe (2012: 97f.).

Die heutige Praxis von Mediationsunternehmen, den Bürgerprotesten gegen Großbauvorhaben mittels sogenannter strategischer Dialoge den Wind aus den Segeln zu nehmen, kann an die im linksliberalen Spektrum geleistete ideologische Vorarbeit anknüpfen. Als gewaltfreie Möglichkeit der Konfliktbewältigung spielten Mediationsverfahren seit den sechziger Jahren zunächst eine immer wichtigere Rolle innerhalb der meist heterogen zusammengesetzten Protestgruppen, die sich keiner zentralen Leitung unterwerfen wollten, um kooperationsfähige und effektive Kampfbündnisse zu bilden.<sup>5</sup> Mittlerweile haben es gut vernetzte Politikberater jedoch verstanden, genau die Methoden, die sozialen Bewegungen dazu verhelfen, eine innere Stärke zu entwickeln, effektiv gegen die Absichten der Aktivisten zu wenden. Während die Dialogorientierung der Mediation in der Binnenperspektive sozialer Bewegungen ein probates Mittel sein kann, um das Auseinanderfallen fragiler Bündnisse zu verhindern, wird sie in aller Regel zum Bumerang, wenn sie das Verhältnis zu einem politischen Gegner bestimmen soll, der ohnehin über die größeren Durchsetzungschancen verfügt. Das Einlassen auf eine politische Mediation ist für Protestbewegungen deshalb gefährlich. Denn was als herrschaftsfreies Verfahren daherkommt, „trägt dazu bei, die Herrschaft der Verhältnisse zu stabilisieren und den Instrumentenkasten manipulativer Techniken zu verfeinern“, formuliert der Aktivist Besalino (2012: 11) aus den sozialen Bewegungen seine Kritik an den heute üblichen Verfahren der Konfliktbefriedung, für die sich vermehrt auch bewegungsnahe Mediatoren einspannen lassen. „Die politische Mediation ist ein Konzept, welches das Verfahren und die Haltung der Mediation auf den politischen Bereich anzuwenden versucht. Das heißt, hier wird ein Konfliktverständnis auf politische Prozesse übertragen, das bei der Vermittlung von zwischenmenschlichen Konflikten angewendet wird. Diese Übertragung geht nicht; schon weil die Prämisse verkehrt ist, politische Auseinandersetzungen seien wie Konflikte zwischen Menschen oder Gruppen zu behandeln. Was für die Klärung eines zwischenmenschlichen Konfliktes wertvoll und heilsam ist, funktioniert nicht bei politischen Konflikten, denn die Rahmenbedingungen sind grundverschieden.“ (Ebd.: 10f.) Schließlich besteht ein politischer Konflikt im Wesentlichen nicht aus eskalierten Emotionen, sondern „zuerst aus Interessengegensätzen“. (Ebd.:

---

5 Die alternative Protestkultur hat seit den sechziger Jahren auf der ganzen Welt neue, gegen überkommene Hierarchien gerichtete Politikformen und -stile herausgebildet. „Ihre Stichworte sind: die Vielfalt zulassen, die Differenzen akzeptieren, gemeinsame Wege gehen, wo dies möglich ist“, heißt es diesbezüglich in dem Handbuch „Konsens“ der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden (2004).

11) Durch die konzeptionelle Entwertung des Klassenkampfes und konfrontativer Politikansätze von unten war das von Ulrich Beck, Anthony Giddens und anderen Autoren vertretene Dialogmodell der Politik von vorneherein darauf angelegt, die Machtbasis von abhängig Beschäftigten und sozialen Bewegungen ideologisch erheblich zu schwächen. Der sozialen Demokratie in Deutschland haben seine Propagandisten und Befürworter, die aus dem linksliberalen und grün-alternativen Milieu im Umfeld der SPD und der Grünen stammten, entgegen anderslautender Lippenbekenntnisse einen Bärendienst erwiesen. Giddens (1999: 91) progressiv klingende Forderung, die Regierungen mögen sich doch gefälligst darum bemühen, „durch ‘Demokratieexperimente’ wieder in direkten Kontakt mit den Bürgern“ zu treten, ist längst Bestandteil der Regierungskunst einer Angela Merkels, die sich 2012 mittels aufwändig inszeniertem Kanzlerdialog in softbonapartistischer Manier direkt sowohl mit den Bürgern als auch mit den Protagonisten der Partizipationsszene ins Benehmen setzte. (Vgl. Merkel 2012)<sup>6</sup> Der dafür bemühte Begriff der Bürgergesellschaft klammert den Bereich der Ökonomie, der Produktion, der Betriebe sowie der Planung und Koordination volkswirtschaftlicher Prozesse aus.

### Konfliktscheue Linke: Das Beispiel Netzpolitik

Auch die Partei DIE LINKE zeigt eine gefährliche Neigung, nach überparteilichen Lösungen für Probleme zu suchen und dabei die Notwendigkeit von offensiv geführten Klassenauseinandersetzungen aus den Augen zu verlieren. Nehmen wir das Beispiel Netzpolitik. Das Engagement der damit befassten Linkspolitiker für einen barrierefreien Zugang ökonomisch schlechter gestellter Menschen zum Internet ist zweifellos notwendig und verdienstvoll. Doch wenn die netzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Halina Wawzyniak, sich der minimalistischen Demokratiedefinition der liberalen Tradition verpflichtet fühlt, innerhalb der soziale Verbesserungen für die Mehrheit der Bevölkerung zwar nicht ausgeschlossen werden, die Überwindung der Herrschaft des großen Eigentums und der bürgerlichen Klasse aber nicht vorgesehen ist, macht sie kenntlich, dass sie von der dringend notwendigen Parteilichkeit einer sozialistischen Politikerin weit

6 Die von dem Politikprofessor Oscar Gabriel im Rahmen dieses Kanzlerdialogs geleitete Arbeitsgruppe „Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung“ vereinte Berthold Tillmann, den ehemaligen Oberbürgermeister von Münster, Susanne Sander vom Deutschen Institut für Community Organizing (DICO) und Hans-Peter Meister, den Gründer und Geschäftsführer des Instituts für Organisationskommunikation (IFOK GmbH). Christina Tillmann von der den neoliberalen Ideen ihres Gründers Reinhard Mohn verpflichteten Bertelsmann-Stiftung vertrat die Auffassung, dass die Bürger in Verwaltungsfragen mitentscheiden oder bei der Planung von Großprojekten und auch bei Gesetzesvorhaben mitdebattieren können sollten.

entfernt ist. (Wawzyniak 2011a: 27) Sie freut sich, dass innerhalb der von den Parlamentariern des Deutschen Bundestags gebildeten Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft geführten Auseinandersetzungen um wichtige Punkte „eher innerhalb der Parteien und Fraktionen verlaufen werden als in der Enquete.“ (Wawzyniak 2011b: 68) Statt „Enteignet Springer“ soll es nun heißen: „Lernt mit dem Internet umzugehen!“ (Wawzyniak 2011a: 32) Auch Bodo Ramelow (2011: 125), der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag und ein weiterer Protagonist der Netzpolitik, hängt einer durch und durch bürgerlichen Konzeption von Zivilgesellschaft an, der auf den Konsens der Demokraten setzt, statt dieselbe als ein Feld der Auseinandersetzung zu begreifen, auf deren Boden Konzerne und deren Stiftungen sich ebenso tummeln wie Vereine, Bürgerinitiativen oder Gewerkschaften. Mit diesem defensiven, konfliktscheuen und auf Kooperation statt Konfrontation mit dem politischen Gegner ausgerichteten Demokratieverständnis dürfte es der Linken schwerfallen, in die partizipatorische Offensive zu kommen. Im Kampf um die gleiche Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Reichtum und den politischen Entscheidungen lässt sich dadurch nur schwer Boden gewinnen. Die Engführung der von linken Organisationen und Parteien geführten Demokratiediskussion auf das von den Piraten mit großer Unterstützung der Medien und aller anderen Parteien auf die gewissermaßen überparteiliche Agenda<sup>7</sup> gesetzten Themen Netzpolitik,<sup>8</sup> Liquid Democracy und neue Formen der Bürgerbeteiligung ist eine Sackgasse, aus der heraus der Kampf für eine Verschiebung der Klassenmachtverhältnisse in eine für die abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten günstige Richtung nur schwer zu führen geschweige denn zu gewinnen sein wird. Ob nun ein stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfractionsfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow das von einem weltweit agierenden Automobilkonzern durchgeführte Marketingexperiment BMW Guggenheim Lab als ein potenzielles „Podium für die offene und öffentliche Auseinandersetzung über die politischen und sozialen Entwicklungsprobleme einer Metropole wie Berlin“ bei aller Kritik meint grundsätzlich begrüßen zu müssen<sup>9</sup>, das Führungspersonal der Partei im merkwürdigen Einklang mit bürgerlichen und rechtskonservativen Parteienkritikern die Direktwahl von

---

7 Die Einrichtung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ belegt den überparteilichen und jenseits der grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit geführten Charakter der Diskussion.

8 Nachdem Bodo Ramelow, Petra Sitte und Halina Wawzyniak im November 2010 unter dem Titel „It’s the Internet, stupid“ einen netzpolitischen Beitrag zur Programmdebatte der Linken beige-steuert haben, und im September 2011 eine Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik gründeten, wurde der Bereich im Vorfeld des Parteitags vom Oktober 2011 als linkes Politikfeld definiert und als solches im Parteiprogramm verankert.

9 So Michail Nelken in einer Presseerklärung (4. April 2012).

Spitzenpolitikern in die höchsten Staatsämter fordert (vgl. Wagner 2011) oder sich Kommunalpolitiker der Partei für das neoliberal imprägnierte stadtpolitische Leitbild einer „Bürgerkommune“ erwärmen: immer hat das mehr mit Anpassung an die herrschenden Verhältnisse zu tun, als mit dem ernsthaften Versuch, diese zu überwinden. Dabei böte das demokratiepolitische Feld durchaus Profilierungschancen für eine linke Partei. Wenn sie es denn verstünde, der von Regierungen und einer privatwirtschaftlichen Interessen verpflichteten Beteiligungsindustrie betriebenen Partizipationssimulation energisch entgegen zu treten. Wenn die neoliberale Hegemonie sich darauf stützt, dass es gelingt, den Menschen weiszumachen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nur so sein können, wie sie nun einmal sind, ist das Beharren darauf, dass es den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, dass es Klassen, miteinander entgegengesetzten Interessen gibt, der erste Schritt, um im Kampf um echte Demokratie Raum zu gewinnen.

## Literatur

- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt/M.
- Besalino (2012): Trick 17 mit Selbstüberlistung. Warum die Beteiligung an der Schlichtung zu S21 ein Fehler war und wieso die Politische Mediation keine Alternative ist, in: *graswurzelrevolution*, Nr. 373 (November), 10-11.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz
- Giddens, Anthony (1999): *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt/M.
- Meister, Hans-Peter/Gohl, Christopher (2012): *Mediation und Dialog bei Großprojekten*, Frankfurt/M.
- Merkel, Angela (Hg.) (2012): *Dialog über Deutschlands Zukunft*, Hamburg
- Mouffe, Chantal (2012): Demokratie auf dem Prüfstand (Gespräch mit M. Miessen), in: Miessen, Markus: *Albtraum Partizipation*, Berlin, 88-133.
- (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt/M.
- Ramelow, Bodo (2011): Verhältnis von Internet & Demokratie: Erklärung des Internets zur Privatsache, in: Ramelow, Bodo u.a.: *It's the Internet, stupid. Die Linken und die 'Schienenetze' des 21. Jahrhunderts*, Hamburg, 117-126.
- RWE Aktiengesellschaft: (2012) *Akzeptanz für Großprojekte. Eine Standortbestimmung über Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung in Deutschland*, Essen
- Wagner, Thomas (2011): *Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus*, Köln
- (2012): Strategische Dialogbereitschaft. Bürgerbeteiligung als liberalkonservatives Modernisierungsprojekt, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 90 (Juni), 35-44.
- Walter, Franz u.a. (2013): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek
- Wawzyniak, Halina (2011a): Demokratie in der digitalen Gesellschaft, in: Ramelow, Bodo u.a.: *It's the Internet, stupid. Die Linken und die »Schienenetze« des 21. Jahrhunderts*, Hamburg 2011a, 26-34.
- (2011b): Internet und digitale Gesellschaft – ein Bericht über die Arbeit der Enquete-Kommission, in: Ramelow, Bodo u.a.: *It's the Internet, stupid. Die Linken und die 'Schienenetze' des 21. Jahrhunderts*, Hamburg 2011b, 58-68.
- Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden (2004). Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (Hg.): *Konsens. Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung*, Karlsruhe 2004